

So nicht, **Rot-Grün!**

Wehret den Anfängen!

Keine Erhöhung der Arbeitszeit

Sicherung der Altersermäßigung

Kundgebung und Demonstration

29. August in Hannover

Ab 13.00 Eintreffen bei Musik und Talk vor dem Kultusministerium,
Schiffgraben 10 – 12, Hannover

14.00 Beginn der Auftaktkundgebung
RednerInnen: Eberhard Brandt, GEW
Gitta Franke-Zöllmer, VBE

15.00 Protestdemonstration zum Landtag

16.00 Abschlusskundgebung am Landtag
Redner: Eberhard Brandt, GEW
Horst Audritz, Philologenverband

17.00 Ende der Kundgebung

Anmeldung bei den jeweiligen Kreisverbänden oder bei dem Bezirksverband der GEW.
Weitere Informationen unter

www.gewweserems.de



verantwortlich:

GEW Bezirksverband Weser-Ems, Staugraben 4a, 26123 Oldenburg, Telefon: 0441 24013

Fünf Gründe, um am 29. August nach Hannover zu fahren!

Alarm schlagen

Scheibe einschlagen



Knopf tief eindrücken

Gegen höhere Unterrichtsverpflichtung
Für die Sicherung der Altersermäßigung

**1. Wir wollen an der allgemeinen Lohn- und Einkommensentwicklung beteiligt werden:
Tarifergebnis für alle sichern !**

Vollmundig hat unsere neue Landesregierung erklärt, das Tarifergebnis für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes auf die Beamtinnen und Beamten und damit auch auf die Lehrkräfte übertragen zu wollen. Aber: Für einen Kollegen mit einer Unterrichtsverpflichtung von z. B. 26 Stunden bedeutet die Streichung der Altersermäßigung eine Erhöhung der Arbeitszeit von fast 4% . Rechnet man noch die verzögerte Übertragung von Stufe II des Tarifvertrages ein, wird schnell deutlich, dass von den rund 5% Einkommenserhöhung nichts mehr übrig bleibt. Von unseren Kolleginnen und Kollegen außerhalb der Gymnasien ist davon fast ein Drittel betroffen.

**2. Wir wollen, dass der notwendige Generationenwechsel in den Schulen nicht zum Stillstand kommt:
Einstellungschancen für junge KollegInnen erhalten!**

Die geplanten Arbeitszeitverlängerungen der Landesregierung werden langfristig erheblichen Einfluss auf die Einstellungschancen junger Kolleginnen und Kollegen haben. Für ein Gymnasium mit ca. 1500 SchülerInnen z.B. sind es bereits 5 - 6 Stellen weniger, auf die sich eine frisch ausgebildete Lehrkraft bewerben könnte. Und die Nichtgewährung der Altersermäßigung für fast 30 000 Lehrkräfte bedeutet Einstellungsstopp für über 1100 junge Kolleginnen und Kollegen.

Alarm schlagen

Scheibe einschlagen



Knopf tief eindrücken

**Gegen höhere Unterrichtsverpflichtung
Für die Sicherung der Altersermäßigung**

**3. Wir wollen die pädagogischen Herausforderungen der Zukunft bewältigen:
Resignation und Frustration verhindern!**

In allen Schulformen sind in nächster Zeit große Aufgaben zu bewältigen. Beispielhaft sei hier das Stichwort „Inklusion“ genannt. Schlampig und viel zu spät vorbereitet und ohne ausreichende Ressourcen auf den Weg gebracht, liegt es einmal mehr an uns Lehrkräften, den „Karren aus dem Dreck zu ziehen“ und trotzdem eine Praxis zu entwickeln, die den Bedürfnissen der Schüler und Schülerinnen gerecht wird. Da ist eine angekündigte Arbeitszeiterhöhung im Schulbereich völlig kontraproduktiv. Oder wie Eberhard Brandt es formulierte: ein Tritt in die Kniekehle.

**4. Wir wollen eine glaubwürdige Politik:
Arbeitszeitkonten vertragsgemäß abbauen, Altersermäßigung absprachegemäß sichern!**

Sowohl die Verhandlungen zu den Arbeitszeitkonten wie auch zum Altersteilzeitmodell im Jahre 2000 waren Verhandlungen mit einer SPD – Regierung. Die damaligen Zusagen waren: Keine Arbeitszeiterhöhung während der Laufzeit der Arbeitszeitkonten, Wiederaufnahme der Altersermäßigung bei Beendigung der Altersteilzeit. Die jetzigen Pläne der rot-grünen Landesregierung sind ein klarer Bruch von Verhandlungsergebnissen. Mit wem will denn diese Landesregierung in Zukunft in Verhandlungen eintreten, wenn die Vereinbarungen das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen?

**5. Wir wollen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen:
Für eine Arbeitszeitverordnung, die den gestiegenen Anforderungen und Belastungen im Schulalltag Rechnung trägt!**

Es gab immer wieder Versuche, die unterschiedlichen Gruppen von Lehrkräften auszuspielen. Es ist schlicht perfide, die Arbeitszeiterhöhung für unsere KollegInnen an den Gymnasien und Berufsschulen damit zu begründen, es wäre dann GERECHTER im Vergleich zu anderen Schulformen und Bundesländern. Wir wehren uns dagegen, zunächst eine Gruppe herauszupicken, um dann scheinbarweise bei den anderen Gruppen Verschlechterungen zu installieren! GERECHT wäre es, erste Schritte zu einer Arbeitszeitverkürzung einzuleiten, um so zu einer allmählichen Angleichung der Unterrichtsverpflichtung zu kommen.